

# Die Verwandlung von Protest in Wählerstimmen & Mitmachertum

von Suitbert Cechura

Die öffentliche Diskussion um die freitäglichen Schülerdemonstrationen<sup>1</sup>, das YouTube-Video von Rezo und vor allem das Ergebnis der Europawahl haben die deutsche Parteienlandschaft aufgemischt. Während die Parteien der Großen Koalition wegen Wahlverlusten Personaldebatten führen, sonnen sich die Grünen in ihrem Erfolg und den Aussichten, die die Umfragen versprechen. Was ist da passiert?

## Wie man in den Wald hineinruft...

Umwelt- und Klimaschutz beherrschen weitgehend die öffentliche Diskussion und *Bild am Sonntag* entdeckt hier gleich eine neue Gefahr: „Muss ich mir von meinen Kindern vorschreiben lassen, wie ich leben soll?“ (16.6.2019, aus dieser Ausgabe auch die folgenden Zitate.) Das ist natürlich als rhetorische Frage gemeint: So weit darf man es ja wohl nicht kommen lassen! Die hier geäußerte Sorge bezieht sich auf den Moralismus der Kinder und Jugendlichen, der nicht nur die Eltern wegen der Auswirkungen ihres Verhaltens auf Klima und Umwelt zur Rede stellt, sondern auch die gesamte Protestbewegung der Fridays for Future antreiben soll.

Dass sich die Sonntagszeitung aus dem Hause Springer an diesem Moralismus stößt, ist verwunderlich. Hat sie selbst ihn doch gepflegt und gehegt wie übrigens die meisten Medien und Politiker. Und auch in den Schulen hieß es immer wieder, dass die Menschheit den Klimawandel oder die Umweltverschmutzung verursacht hat – oder eben „wir“ alle in unserer Rolle als Verbraucher, Verkehrsteilnehmer, Touristen... Mit dem Subjekt Menschheit wird kein Unterschied bei den wirtschaftlichen Akteuren gemacht, etwa zwischen einem Bauern in der Dritten Welt, der seine Familie mühsam durch Subsistenzwirtschaft durchzubringen versucht, und einem Investor, der wegen der Rendite in ein Energieunternehmen investiert hat, das mit billiger Braunkohle Strom produziert. Mit dem „Wir“ sind alle Bürger und Bürgerinnen als Nationalisten angesprochen, die sich Sorgen darüber machen sollen, wie Deutschland in der Kli-

**Mit dem Subjekt Menschheit  
wird kein Unterschied bei den  
wirtschaftlichen Akteuren  
gemacht ...**

---

<sup>1</sup> Siehe dazu die letzte Analyse im Auswege-Magazin von Georg Schuster: „[Die freitäglichen ‚Klimastreiks‘ und was dazu nicht im Schulbuch steht](#)“, 12. Juni 2019.

mafrage dasteht. Der Verbraucher – bekannt als „König Kunde“ – soll in dieser Gesellschaft derjenige sein, der alles durch seinen Kauf bestimmt, auch wenn er gar nicht weiß, wie das von ihm gekaufte Produkt hergestellt wird, was es im Einzelnen enthält, wie bestimmte (Zusatz-)Stoffe wirken usw. Diese Rollenzuschreibung ist interessanter Weise auch nicht aus dem Verkehr gezogen worden, als mit dem Dieselskandal deutlich wurde, wie viele Autobesitzer sich fälschlicher Weise im Besitz eines umweltfreundlichen Fahrzeugs wähnten.

Die Botschaft des „Wir alle“ lautet unbeeindruckt von solchen Bedenken: Ein jeder soll vor der eigenen Türe kehren und jeden Schritt und jede Handlung daraufhin prüfen, in wieweit sie die Umwelt schädigen oder den Klimawandel befördern. Ein Moralismus ist diese Forderung deshalb, weil es schier unmöglich ist, bei jeder Handlung, die darauf zielt, in dieser Gesellschaft irgendwie zurechtzukommen, die Auswirkungen aufs Klima zu überprüfen. Zur Diskreditierung des Protests eignet sich die moralische Bezeichnung jedoch bestens. Und so muss sich selbst eine Greta Thunberg Heuchelei vorwerfen lassen, wenn sie zu Tagungen fährt, um für ihre Position zu werben, schließlich hinterlässt auch eine solche Reise ihren Fußabdruck. Unterstrichen wird dieser Moralismus auch durch politische Entscheidungen wie das Verbot von Plastikstäbchen in Q-Tipps oder von Einweggeschirr; dies soll demonstrieren, wie sehr der Einzelne an der Verschmutzung der Weltmeere oder am Artensterben beteiligt ist. Ausgelacht wurden die Politiker dafür keineswegs angesichts der sich stapelnden in Plastik gehüllten Heuballen, der in Plastikbahnen gesicherten Paletten in Betrieben und Handel oder der Berge von Plastik, die die Industrie täglich bei Produktion, Verpackung und Transport über die ganze Welt verteilt. Dafür wurde dem Müll trennenden Bürger mitgeteilt, dass es sein Plastikabfall ist, der die Weltmeere verseucht, und nicht das Werk der Recyclingunternehmen, die für die Beseitigung von Verpackungsmüll vom Grünen Punkt Geld kassieren und dann den Schrott billig ins Ausland verschieben – gebilligt von der Aufsicht führenden Politik.

Diese Sichtweise, dass es zur Rettung der Welt auf den Einzelnen und sein Verhalten ankommt, haben sich offenbar viele zu Herzen genommen und – so gut es geht – zum Maßstab des eigenen Handelns gemacht. So verzichten z.B. manche auf Fleisch, um so das Tierwohl zu befördern, und ernähren sich vegan mit einer Mischung aus Naturprodukten, Chemikalien und Aromastoffen, über deren Wirkung auf die Gesundheit oder Umwelt sich niemand Gedanken macht. Das hilft den armen Tieren auch nicht groß, produziert die deutsche Fleischindustrie doch längst nicht

**... dies soll demonstrieren, wie sehr der Einzelne an der Verschmutzung der Weltmeere oder am Artensterben beteiligt ist**

**Diese Sichtweise, dass es zur Rettung der Welt auf den Einzelnen und sein Verhalten ankommt, haben sich offenbar viele zu Herzen genommen**

mehr für den heimischen Markt, sondern mit Unterstützung der EU für den Weltmarkt. Gleichwohl verschafft die Nachfrage nach veganen Produkten den Fleischproduzenten ein zusätzliches Geschäft, mit dem z.B. die Rügenwalder Mühle für sich werben kann. Blickt man genauer hin, entpuppt sich die Vorstellung, dass es an der Aktion des Einzelnen liegt, ob es zur Verseuchung der Umwelt und zur Klimaerwärmung kommt, als eine Ideologie: Die wird offiziell gepflegt, lässt sie doch das Publikum einiges an Einschränkungen hinnehmen, weil sie mit der Rettung von Umwelt oder Klima begründet werden.

### **...so schallt es heraus.**

Als Vorbild aus der Protestbewegung gilt Greta Thunberg, die laut *Bild am Sonntag* ihre Familie auf Linie gebracht hat: „Die Schwedin Greta Thunberg hat die Klimabewegung der Schüler ausgelöst und das Leben ihrer Familie komplett umgekrempelt... Die Familie fliegt nicht mehr, die Mutter gab ihre internationale Musikkarriere auf, die ganze Familie stellte ihre Ernährung um, Malena Ernmann ist Vegetarierin, Vater Svante, Greta und die jüngere Tochter Beata (13) sind Veganer.“ Vorbildlich hat Greta bei sich angefangen, ihren Lebensstil zu verändern und auf Vieles zum Wohle von Umwelt und Klima zu verzichten. Feststellen musste sie, dass dies wenig bewirkt. Sie hat aber nicht den Schluss daraus gezogen, dass es sich bei diesen Empfehlungen um eine Ideologie handelt; vielmehr entdeckt sie den Mangel, der darin bestehen soll, dass nicht alle mitmachen, vor allem nicht diejenigen, die die Politik im Lande bestimmen. Die beschließen zwar Klimaziele, tun aber in den Augen der Protestierer nichts, um sie auch zu erreichen. Deswegen bedarf es des Protestes, um die Verantwortlichen zu mahnen und an ihre Verantwortung zu erinnern. Dabei wissen die Protestierer auch die Wissenschaft auf ihrer Seite, die den Politikern vorrechnet, dass mit den bisher ergriffenen Maßnahmen die Klimaziele nicht erreicht werden.

Diese Sorte Protest hat die Politik sich nicht bestellt und zunächst als eine Aktion von Kindern abgetan, die sich wieder beruhigen würden/sollten<sup>2</sup>. Dass diese mit ihren Aktionen gegen die Schulpflicht verstießen, war den Politikern von Anfang an ein Dorn im Auge, und es wurde den Protestierern zum einen mit disziplinarischen Maßnahmen begegnet und zum anderen mit der Empfehlung, den Protest doch lieber in der Freizeit durchzuführen. Begrüßt wurde – ganz abstrakt – das politische Engagement der Jugend, das sich aber gefälligst an den Maßstäben dieser Gesellschaft zu orientieren habe, wenn es aufs Wohlwollen der Verantwortlichen treffen will.

**Begrüßt wurde das politische Engagement der Jugend, das sich aber gefälligst an den Maßstäben dieser Gesellschaft zu orientieren habe**

---

<sup>2</sup> Siehe zur ersten, vornehmlich ablehnenden Reaktion der Politik den Beitrag [Friday for future: Eine Lerneinheit in Sachen politische Bildung](#) in Auswege, 20. Februar 2019

## **Wachsen soll nicht die Menge der Güter zur Versorgung der Bevölkerung, sondern der Gewinn derer, die in die Wirtschaft ihr Geld investieren**

Diese Forderungen laufen auf die Anerkennung der so genannten Sachnotwendigkeiten hinaus, zu denen es angeblich keine Alternative gibt. Sie bestehen darin, dass sich alles in dieser Gesellschaft daran zu orientieren hat, dass das wirtschaftliche Wachstum gelingt und nicht beeinträchtigt wird; denn alles ist ja in der Tat von diesem Wachstum abhängig gemacht. Wachsen soll dabei nicht die Menge der Güter zur Versorgung der Bevölkerung, sondern der Gewinn derer, die in die Wirtschaft ihr Geld investieren. Ihr Reichtum soll sich vermehren und die Produktion von allen Gütern und Dienstleistungen sowie die Einkommen der Mehrzahl der Bürger sind davon abhängig gemacht, dass sie dem dienen. Rücksichtnahme auf die Umwelt und das Klima belasten dabei die Kosten-Gewinnrechnung, sind also nur dann angebracht, wenn es der – mittlerweile globalen – Konkurrenzstellung der Firmen nicht schadet, sondern sie eher befördert.

Daher muss die Energie für die Wirtschaft billig sein – was sie an der Strombörse auch ist –, bei der Umlage für erneuerbare Energien müssen diejenigen von ihrer Zahlung befreit werden, die am meisten Energie für ihr Geschäft benötigen. Die Kosten werden so auf die Verbraucher abgewälzt. Bei keiner Maßnahme versäumen es die Politiker, darauf zu verweisen, dass allein die Förderung der Wirtschaft und damit die Förderung derer, die über Vermögen verfügen, das sie in die Wirtschaft investieren, Arbeitsplätze schafft oder sichert. Da macht es auch gar nichts, wenn die Sicherung des Wirtschaftswachstums immer wieder Massenentlassungen einschließt. Wer dies nicht als Sachzwang bei der Verfolgung von Umwelt- und Klimaschutz akzeptiert, ist in den Augen der Politiker nicht kompetent, vereinfacht die Sachlage und setzt sich dem Verdacht des Populismus aus. Ein seltsamer Vorwurf übrigens, heißt dies doch nichts anderes, als dass der Populist sich an den Vorstellungen des Volkes orientiert, auf das sich auch die regierenden Politiker in ihrem Tun immer berufen...

### **Manchen klingeln die Ohren**

Beeindruckt haben die Politiker der Großen Koalition weniger die Argumente der Protestbewegung als vielmehr die Aufmerksamkeit, die etwa das im Netz erfolgreiche Video von Rezo erzielt hat. Der hat neben anderem mit der Umweltpolitik der regierenden Politiker abgerechnet, die für sich immer die Verantwortung reklamieren. Und beeindruckt hat sie vor allem das Ergebnis der Europawahl, bei der beide Parteien der Koalition mächtig an Zustimmung verloren haben, während die Grünen erheblichen Zuwachs vermelden konnten und im Gefolge in Umfragen mächtig zugelegt haben.

Das hat nicht zu einer Selbstkritik der Koalition an ihrer bisherigen Politik geführt – oder zu einer Überprüfung der geplanten Maßnahmen. Im Gegenteil, die Parteiführungen bekräfti-

gen den Willen, ihre Positionen in der Öffentlichkeit offensiver zu vertreten, und wollen in keinem Fall den Grünen hinterherlaufen. Ihre Selbstkritik zielt auf die Selbstdarstellung der eigenen Partei und ihrer Repräsentanten. Geändert werden muss demnach nicht die Politik, sondern die Vermittlung hin zum Wähler; dieser soll wieder bereit sein, die politische Verantwortung der SPD oder der CDU/CSU zu übertragen und sich von ihnen regieren zu lassen. Somit richtet sich die Kritik konsequenter Weise gegen die bisherigen Repräsentanten, die in der Öffentlichkeit die Politik der Partei erklären und um die Zustimmung beim Wähler werben. Dies hat bei der SPD nach der enormen Niederlage zum Rücktritt der Partei- und Fraktionsvorsitzenden Nahles geführt und auch bei der CDU wird angesichts möglicher Neuwahlen über die Führungsqualität von Kramp-Karrenbauer diskutiert.

## Andere jubilieren

Dass die Parteien der Großen Koalition mit ihrer Selbstkritik richtig liegen, beweist der Erfolg der Grünen. Sie koalieren mit allen anderen Parteien im Lande – außer mit der AfD – und sind somit an der Politik, die hier gemacht wurde, wesentlich beteiligt. Ihre Politik unterscheidet sich nicht von der ihrer Koalitionäre, mit denen sie in den Bundesländern in der Regierung sitzt. So tritt ein Ministerpräsident Kretschmann aus Baden-Württemberg gemeinsam mit seinen Kollegen Söder aus Bayern und Weil aus Niedersachsen für die Interessen der Autoindustrie ein, die von den Kosten für die Nachrüstung von Dieselaautos verschont und mit zusätzlichen staatlichen Mitteln gefördert werden muss, damit ihr weiterer Erfolg gesichert ist. Statt Einschränkungen des Geschäfts durch Fahrverbote vorzunehmen, stellen grüne Politiker lieber Mooswände an die Straße – die helfen zwar nicht viel, zeigen aber, wie sehr man sich kümmert.

**Statt Einschränkungen des  
Geschäfts durch Fahrverbote  
vorzunehmen, stellen grüne  
Politiker lieber Mooswände an  
die Straße ...**

Oder nehmen wir die Grünen in Nordrhein-Westfalen. Deren Vertreter haben in der letzten Phase ihrer gemeinsamen Regierung mit der SPD noch den Braunkohleabbau-Betriebsplan für RWE genehmigt, durch den die Förderung und Verstromung von Braunkohle im Lande auf Jahre gesichert wurde. Das hat sie nicht daran gehindert, im Protestkamp am Hambacher Forst aufzutreten, ganz so, als hätten sie mit dieser Entscheidung nichts zu tun.

Die Grünen haben es eben geschafft, ihre Politik anders darzustellen. Das kommt beim Wähler offenbar an, der unbedingt einen Unterschied zwischen den Parteien entdecken will, weil sich ja sonst seine Wahl als Farce entpuppen würde. So sprechen grüne Politiker nicht über die Folgen ihrer Politik, wie die SPD, die sich von den Hartz-Gesetzen verabschieden will, die sie gemeinsam mit den Grünen beschlossen hat. Stattdessen sorgen sie sich um die Opfer, denen sie Wohltaten durch Rücksendungen von Internetfirmen zukommen lassen

wollen. Dabei muss dieser Vorschlag noch nicht einmal praktische Konsequenzen haben, für positive Schlagzeilen sorgt er allemal. Am Liebsten reden sie von den gemeinsamen Herausforderungen, vor denen „wir“ stehen: „Wir stehen mit der Klimakrise vor einer Generationenaufgabe. Im Vergleich zur deutschen Einheit sogar noch größer, weil wir weniger Zeit haben und schneller massive Investitionen brauchen. Wir können das nicht einfach nebenbei aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Wir wollen deshalb einen Klimafonds, aus dem alle nationalen Projekte finanzierbar werden.“ (Göring-Eckardt in Bild am Sonntag)

Die Grünen wollen einfach keine Gegensätze benennen, die es in der Gesellschaft gibt, sondern beschwören stets den Gemeinschaftsgedanken. Da ist es eben kein Thema, wer nun was zu zahlen hat, wer von Investitionen was gewinnt oder dafür etwas zu leisten hat. Und so lässt sich die Vertreterin der

Partei auch von den Journalisten nicht aufs Glatteis führen. Frage: „Auch Schulden für den Klimafonds muss der Staat irgendwann zurückzahlen. Wollen Sie die Steuern erhöhen?“ Antwort: „Der Staat müsste weitaus mehr Geld ausgeben, wenn wir jetzt nichts tun. Wenn wir verhindern wollen, dass unsere Infrastruktur kollabiert, und wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, muss jetzt investiert werden.“ (Göring-Eckardt)

**Die Grünen wollen einfach keine Gegensätze benennen, die es in der Gesellschaft gibt, sondern beschwören stets den Gemeinschaftsgedanken**

Repräsentiert wird die Partei von einer immer strahlenden jungen Frau und einem Kuschelbär mit Dreitagebart. Die sind allein schon deshalb die richtigen Repräsentanten, weil die Partei Erfolg hat und weil die beiden die positive Perspektive und Harmonie des Programms verkörpern.

So leicht ist offenbar Protest in Wählerstimmen zu überführen.



#### **Über den Autor**

Dr. Suitbert Cechura, Bochum, Hochschullehrer und Sachbuchautor, letzte Veröffentlichungen „Unsere Gesellschaft macht krank – Die Leiden der Zivilisation und das Geschäft mit der Gesundheit“ (2018), „Inklusion: Die Gleichbehandlung Ungleicher – Kritische Anmerkungen zur aktuellen Inklusionsdebatte“ (2015)

#### **Kontakt:**

[www.suitbertcechura.com](http://www.suitbertcechura.com)

📧 [Alle Aufsätze von Suitbert Cechura im Magazin AUSWEGE](#)

---

**AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag**  
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht  
[www.magazin-auswege.de](http://www.magazin-auswege.de)  
[antwort.auswege@gmail.com](mailto:antwort.auswege@gmail.com)